

Was uns Pisa beschert hat

Bildungssystem: „Fortschritt fehlt“, FR-Meinung vom 19. Oktober

Wieder einmal werden Instrumente der „Qualitätssicherung“ im Bildungswesen völlig unkritisch als angemessen akzeptiert, dies gilt insbesondere für die Erklärung der Pisa-Studie aus dem Jahre 2001. Einmal abgesehen vom durchaus zu hinterfragenden Background dieser Studie aus den Reihen einer Wirtschaftsorganisation, nämlich der OECD, und der damit fehlenden Legitimation in bildungspolitischen Sachfragen, bleiben bei dieser Erhebung die klar zu monierenden methodischen Mängel zu konstatieren. Der Autor akzeptiert die Studie jedoch distanzlos als Diagnose-Instrument, um zu verdeutlichen, „welche Schwierigkeiten Deutschland“ hat. Dabei müsste aus meiner Sicht die eigentliche Kernfrage lauten: Welche Schwierigkeiten hat Deutschland eigentlich dank Pisa?

Der Schock, den diese Studie seinerzeit über die vermeintlichen Defizite der deutschen Bildungslandschaft ausgelöst hat, hat aus meiner Sicht in der Folge einen beispiellosen Reform-Irrsinn begründet, der inzwischen das Kernproblem der Bildungsdefizite in unseren Schulen und Universitäten bildet. Wie viele dieser Maßnahmen sind inzwischen bereits zurückgenommen (z.B. G8) oder werden zumindest in ihrer Wirksamkeit massiv in Frage gestellt (z.B. Englisch in der Grundschule)! Und was wurde dabei probiert und völlig überhastet einer besseren Plat-

zierung innerhalb eines fragwürdigen Bildungsrankings geopfert!

Gerade aufgrund einer zunehmenden Privatisierung auf dem Bildungssektor sind Abschlüsse in Deutschland hochgradig vom Elternhaus abhängig, darauf verweist der Autor zu recht. Die „Bildungsexpansion“ hat zu einer Inflation von höheren Bildungsabschlüssen und zu einem Ansturm auf die Universitäten geführt, was formal die Statistiken aufhellt, eigentlich aber eine gleichzeitige Entwertung unter Absenkung notwendiger Bildungsstandards z.B. mittels der Einführung sogenannter Kompetenzlehrpläne bedeutet hat. Schulen, Universitäten und Unternehmen beklagen inzwischen im Verbund deutliche Bildungsmängel, irrwitzige volkswirtschaftliche Ressourcen werden bewegt, um Schülerinnen und Schüler für nichtuniversitäre Laufbahnen zu gewinnen. Das alles hat uns Pisa beschert.

Das System Schule ächzt unter einer gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, die diese als Korrektiv sämtlicher Probleme betrachtet. Diese Überforderung hat erst die Fokussierung auf das eigentliche Kerngeschäft des Unterrichts aus dem Blick geraten lassen, welches der Autor hier so dringlich anmahnt. Wir brauchen eine Bildungspolitik mit Augenmaß und Weitsicht, losgelöst von ideologischen oder interessengeleiteten Motiven.

Marc Mattiesson, Remscheid

Die totale Überwachung

Gastwirtschaft: „Ohne Verzicht geht es nicht“, FR-Wirtschaft vom 5.11.

In seinem Gastbeitrag entwirft Rolf Häßler mit offenkundiger Sympathie die Vision einer „Zweitonnengesellschaft“, in der jeder Bundesbürger seine persönlichen Emissionsrechte gutgeschrieben bekommt. Er kann dann entscheiden, wie er diese Rechte verwendet. Jeder Kauf, jeder Verzehr von Lebensmitteln, jede Reise belastet sein CO₂-Budget. Fliegt er etwa nach Barcelona, so ist ein Viertel seines Jahresbudgets verbraucht. Ist sein Budget vorzeitig aufgezehrt, sitzt er laut Herrn Häßler hungrig in seiner kalten und dunklen Wohnung.

Zu welchen Fantasien versteigen sich mittlerweile die Klimaschutz-Aktivist*innen? Denn eines ist klar: Ein solches System ließe sich nur durch eine lückenlose Überwachung und Erfassung aller Lebensvorgänge erreichen. Jeder Kauf, jede Mahlzeit, jede Art der Fortbewegung müsste registriert und angerechnet werden. Das Ergebnis wäre ein totalitärer Überwachungsstaat, neben dem Orwells „1984“ geradezu harmlos erscheint. Es ist wirklich erschreckend. Nach dem alten jesuitischen Grundsatz „der Zweck heiligt die Mittel“ sollen Demokratie, Rechtsstaat, Menschenwürde und individuelle Freiheit abgeschafft werden.

Hans-Christoph Otto, Schwalbach

Sammelbecken der Rassisten

Drohmails an Lengsfeld: „Wackelt Höcke?“, FR-Tagesthema vom 26. Oktober

Ausgerechnet die Ex-Bürgerrechtlerin Vera Lengsfeld erhält Drohmails von Höcke-Sympathisanten, obwohl sie selbst seit Jahren mit rechtsradikaler, menschenverachtender Rhetorik die immer gleichen Denkmuster der antidemokratischen Rechten bedient. Sie hat allerdings inzwischen verstanden, dass eine allzu menschenverachtende Rhetorik sogenannte bürgerlich-konservative Wähler verschrecken könnte. Alexander Gauland hatte ja bereits dazu geraten, „sich ruhig einmal auf die Lippen zu beißen“, damit die AfD im „bürgerlichen Lager“ noch erfolgreicher werden kann und vielleicht Bündnisse mit einer konservativer ausgerichteten Union möglich werden.

Dabei geht es zwischen den „gemäßigten“ AfD-Mitgliedern und dem radikaleren Teil nicht primär um inhaltliche Differenzen, sondern um „Stil“ und Auftreten. Die gemeinsame Ideologie ist u.a. der „Ethnopluralismus“, der als Ausdruck eines „modernen“ Rassismus für ethnisch „reine“ Nationen eintritt. „Ethnopluralismus“ hört sich natürlich für die nationalkonservative Klientel besser an als der dumpfe Nazi-Jargon des Spruches „Deutschland den Deutschen“. Dass Vera Lengsfeld inhaltlich nicht allzu weit von den Flügel-Leuten entfernt ist, zeigt sich auch darin, dass sie als Mitglied der „Vereinigung der Freien Medien“ (das soll suggerieren, dass alle anderen Medien unfrei sind)

sich mit dubiosen Mitstreitern umgibt wie dem rechtsradikalen Agitator Michael Stürzenberger („Jeder Moslem ist ein potenzieller Terrorist“) und einer völlig dubiosen Person, dem nur unter dem Pseudonym Hanno Vollenweider bekannten Mitherausgeber des „Wahlhelfers“, der u.a. in russischen Staatsmedien und in Verschwörungskanälen auftritt. Die von ihr und Vollenweider herausgegebene dubiose AfD-Wahlkampfhilfe „Der Wahlhelfer“ wurde inzwischen gerichtlich gestoppt, weil Lengsfeld darin nachweislich die Unwahrheit über das Buch „Deutschland rechts außen“ des Jenaer Soziologen Matthias Quent geschrieben hatte. 50 000 Exemplare dieser AfD-Propaganda wurden bereits verteilt und über das Netz sowie so verbreitet. So wird Lengsfeld auch in Zukunft mit rechtsradikalen Mitstreitern gegen den „rot-rot-grünen Mainstream“ (Lengsfeld, 2015) kämpfen, und die AfD wird (mit oder ohne Höcke) als parlamentarischer Arm des Rechtsextremismus unsere Demokratie weiter bekämpfen.

DemokratInnen müssen immer wieder deutlich machen, dass die AfD keine „normale“ bürgerlich-konservative Partei ist, sondern immer auch ein Sammelbecken für dumpfe nationalistische, rassistische und antidemokratische Ressentiments.

Hermann Roth, Frankfurt
Diskussion: frblog.de/thueringen-3

Das Wetter: Vor allem am Nachmittag Regen

